

6.2 Verwaltungsrecht

Allgemeines:

- kleine Buchstaben: wurde eingefügt
- Rangordnung der Gesetze:



- „Ober sticht Unter“
- ¹Gesetze vom Bundestag gemacht für ganz Deutschland
- ²Landtag für Bundesland
- Recht (Land) kommt auf Tatort an
- Mehr Bundesgesetze als Landesgesetze
- Sinn für mehr Bundesrecht
 - Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse
 - Keine „Kleinstaaterei“/ Verwirrung
- Landesrecht Bsp.
 - Polizeirecht
 - Psychiatrierecht
 - Schul-/Hochschulrecht
- Jugendämter müssen immer auf Elternrecht achten im GG Art 6(2) als Grundrecht
- Eltern = Sorgeberechtigten eines Kindes
- Kindesrecht auf Gesundheit/ Leben/ Unversehrtheit GG Art 2(2)
- Elternrecht GG Art 6(2) vs. Recht d. Kindes GG Art 2(2 +1)
- Bundesrecht macht Regelungen um Grundgesetz umzusetzen
 - Grundgesetz und Bundesrecht müssen im Einklang stehen
- Recht= „Spielregeln“

- Zivilrecht
 - Regelt Zusammenleben für jeden
 - Mietrecht
 - BGB: Kaufrecht
- Öffentliches Recht
 - Berechtigt/ verpflichtet nur den Staat zum Handeln
 - Strafrecht
 - Sozialrecht
- Kriminalität hat immer 2 Seiten
 - Zivilrechtliche Folgen
 - Strafrechtliche Folgen
- Grundrechte dürfen bei Verbrechen eingeschränkt werden
 - Grundrechte setzen sich untereinander Grenzen
 - Das Recht wird eingeschränkt, sobald ein anderes Grundrecht verletzt wird
- Rechtsstaat
 - Gesetzesbindung der Behörden (Art 20(3)GG)
 - Vorbehalt des Gesetzes
 - Rechtsschutzgarantie (Art 19(4)GG)
 - Vertrauensschutz (Bsp §45 (3) SGB10)
 - Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns
- Gesetzesbindung
 - An Gesetze halten
- Behörden= Stellen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen
- h.M.= herrschende Meinung
- M.M.= Mindermeinung
- h.L.= herrschende Lehre
- Vorbehalt des Gesetzes
 - Eine Behörde kann nichts tun, wenn da kein Gesetz ist
 - Jede Behörde braucht ein Gesetz um handeln zu können
- Rechtsschutzgarantie
 - Man darf Behörden überprüfen und Gericht rufen, wenn mglw. Etwas schief gelaufen ist

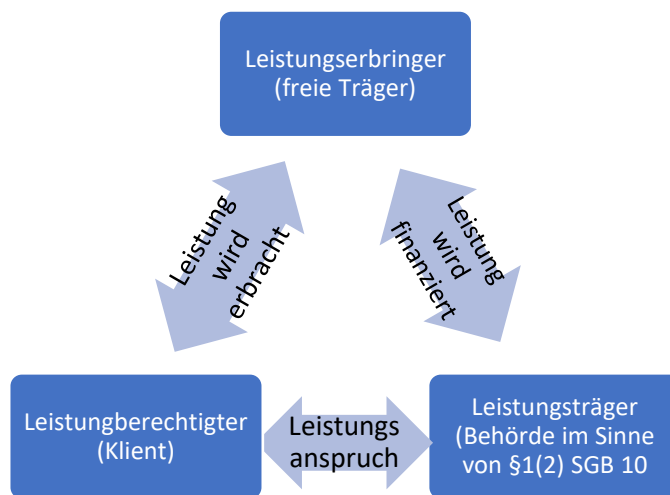
- Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigten Verwaltungsaktes: Vertrauen wird geschützt
- Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns
 - 3 Fragen zu stellen, wenn staatliches Handeln merkwürdig
 - 1) Eignung der staatlichen Maßnahme?
 - 2) Erforderlichkeit der staatlichen Maßnahme? (Frage nach Alternativmaßnahmen)
 - 3) Angemessenheit der Maßnahme? (Relativierung von Nutzen und Schaden)

Der Sozialstaat

- Art. 20 GG
- Soziale Sicherung
 - Sozialversicherung
 - Soz. Entschädigung
 - Förderungsmaßnahmen
 - Fürsorge
- Soziale Gerechtigkeit
 - Verbraucherschutz
 - Soziales Mietrecht
- Bedarfsgemeinschaft: gemeinsamer Haushalt
- Zu Art 3(1)GG: wesentlich Gleiches muss gleich, wesentlich ungleiches darf ungleich behandelt werden!
 - Was wesentlich ist entscheidet das Bundesverfassungsgericht

Was ist eine Behörde?

- SGB10 §1(2)
- Behörde= Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt sofern die Aufgaben vom Gesetz zugeordnet sind
- Vereine (e.V.) Bsp: Caritas, AWO, Diakonie etc. verfolgen eigene Ziele und sind freie/ private Träger
 - Sie nehmen zwar Aufgaben wahr, sind aber keine Behörden!



- Bsp.Frage: Ist die Krankenkasse eine Behörde?
 - Ja! (gesetzliche) siehe auch §12 SGB 5

Dienstanweisungen

- Sind für Sacharbeiter verbindlich
- Für Richter und Bürger unverbindlich
- Im Konfliktfall gilt immer das Gesetz!

Recht und Sprache

- Sprache ist uneindeutig
- Gesetze sollen möglichst viele Fälle/ Situationen abdecken
 - Allgemein gehalten
- Möglichkeiten um Gesetze mehrdeutig zu machen
 - Unbestimmte Rechtsbegriffe
 - Spielräume (kann, soll, darf)
 - Einzige Gemeinsamkeit: Spielräume eröffnen!
 - Begriffe sind sonst streng getrennt!
 - Gebundene Verwaltungsentscheidung= muss- Sätze
 - Ermessungsentscheidung= kann- Sätze (soll/ darf)
 - Spielräume politisch gewollt
 - Amt hat Ermessenfreiheit
 - Wir als SA haben es schwer (vor Anstehen der Entscheidung Bearbeiter zu unseren Gunsten beeinflussen, denn nach Entscheidung haben wir keine Chance)

- Unbestimmte Rechtsbegriffe
 - Sind überprüfbar Bsp. „wichtiger Grund“
- Spielräume durch...
 - a) Ermessensentscheidungen (kann/soll) -> fordern zu Abwägung auf
 - b) unbestimmte Rechtsbegriffe (Kindeswohl, angemessen, etc.)
 - Wie kann ich als Sozi Einfluss nehmen?
 - Bei a) vorher gut für Klient eintreten, da Ermessensentscheidung nur bei Ermessensfehler vor Gericht
 - Bei b) gerichtliche Überprüfung der Begriffsauslegung
- Chancen gegen Anordnung
 - a) schlecht (Amt soll Spielraum haben!)
 - b) gut -> Gericht als Schiedsrichter
 - Vor Entscheidung versuchen zu beeinflussen!
- Verbindlichkeit von (hohen) Gerichtsentscheidungen
 - 1) das Gesetz ist verbindlich!
 - 2) wir haben (anders als in USA) kein „Fallrecht“
 - 3) Nein! Gerichte sind unabhängig!
 - Nur wegweisenden Charakter!
 - Urteile sind für nachstehende Fälle nicht verbindlich..., aber Abweichungen machen wenig Sinn (da hoch prozessiert werden kann)
 - Art 97 GG

Was sind Ermessensfehler?

- Ermessensentscheidung ≠ gebundene (kann/soll/darf)
- Pro contra Abwägung
- Die einzige Pflicht des Mitarbeiters ist die Pflicht abzuwägen und die Entscheidung zu dokumentieren
- Wenn die Entscheidung einigermaßen nachvollziehbar ist heißt, dass wir keine Chance mehr haben
 - Wenn einer der 4 Fehler vorliegt muss der Mitarbeiter des Amts nochmal prüfen (mehr nicht)

Die 4 Ermessensfehler

1) Ermessungsunterschreitung

- Wenn nicht alle Aspekte, die für die Entscheidung wichtig sind dokumentiert und berücksichtigt werden! (meist von 1 Motiv/Idee geprägt)

2) Ermessungsüberschreitung

- Wenn der Rahmen des Gesetzes überschritten wird (Bsp. Auflagen/Bedingung)

3) Ermessensfehlgebrauch

- Wenn man bei der Entscheidung von Sachfremden Motiven geleitet wird (Antipathie & Sympathie) (Sachfremde Motive sind auch falsche Tatsachen)

4) Ermessungsreduzierung „auf null“ übersehen

- Wenn es nur eine richtige Entscheidung gibt, da eine Seite ganz klar überwiegt und man die andere Entscheidung trifft

- Aufklärung
 - Öffentlichkeitsarbeit (Homepage, Flyer etc.)
- Beratungsanspruch
 - Ob und unter welchen Voraussetzungen man Anspruch auf XY hat
- Auskunft
 - Bzgl. Anderer Leistungsträger informieren und Klient sagen können wo er/sie hin muss (Wegweiser)
- Antragstellung
- Verwaltungsverfahren beginnen durch
 - a) Antrag
 - b) von Amtswegen (Eigeninitiative des Amts)
 - meist wenn was schief gelaufen ist
- Bevollmächtigte und Beistände
 - Beistand= „Sprachrohr“, außer Betroffener distanziert sich davon
 - Bsp. für Person die nicht/ schlecht sprechen kann, Beistand als sprechende Begleitung
 - Bevollmächtigter
 - Schriftliche Vollmacht! (auch wegen Datenschutz)
 - Alles was man tut wirkt für und gegen Person die Vollmacht erteilt hat!

- Amtssprache
 - Deutsch und Gebärdensprache & Kommunikationshilfen
 - Fremdsprachige Anträge annehmen, wenn man der Sprache mächtigen Mitarbeiter hat
 - Wenn Dolmetscher, sollte Antragsteller Kosten tragen
- Akteneinsicht
 - Recht darauf §25 SGB 10
 - Wie bekomme ich Akteneinsicht
 - Hingehen und unter Aufsicht ansehen (damit man nichts verändert)
 - Antrag (schriftlich) auf „Aktenskopiezusendung“ (gegen Geld als Aufwandsentschädigung) (nur für nicht allzu umfangreiche Akten!)
 - Nur Anwalt bekommt Originalakte!
 - Akte auf Gemeinde schicken lassen und unter Aufsicht dort einsehen

Verwaltungsakt- Bescheid

- Wirksamkeit des Bescheides
 - Inhalt
 - Ab Zeitpunkt des Lesens
 - Gültig bis Rücknahme
 - Widerrufung, Aufgehoben, Zeitablauf, anderweitige Erledigung
 - Wirksam ob falsch oder nicht
- Definition Bescheid
 - Behörde (§1 SGB10)
 - Aufgrund öffentl. Rechts
 - Außenwirkung (≠Behördeninterne Vorgänge)
 - Einzelfall (wichtig für Unterscheidung zw. Bescheid & Gesetz)
 - Wird etwas geregelt? Ja? (Herbeiführung einer rechtl. Folge)
 - Es gibt auch mündliche Bescheide Bsp. Polizei
 - Widerspruch setzt förmlich voraus, dass es sich um einen Bescheid handelt! (Sonst Beschwerde einlegen)
 - Schlussakt eines Verwaltungsverfahrens → Bekanntgabe der Ergebnisse
 - §31 SGB10

Der Weg

- Bescheid
 - Widerspruch
 - Widerspruchsbescheid
 - Positiv
 - Negativ -> Klage
- Frist um Widerspruch/ Klage einzulegen/- reichen:
 - 1 Monat!
- Wie berechne ich die Frist?
 - §37 SGB10 (wegen bspw. Postbedingte Zeitverschiebung)
 - Bescheiddatum 03.05
 - Wird am 03.05 zur Post gebracht
 - Gültig ab 06.05. (3. Tag)
 - Am 06.06. läuft Widerspruchsfrist ab
 - (beim 29.01. geht's bis 28.02. nicht 01.03.)
 - Klage

4 Möglichkeiten, wenn Frist versäumt wurde

- §27 Abs1 SGB10 ohne Verschulden verhindert gesetzliche Frist einzuhalten
 - Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren
 - 2 Wochen Zeit ab da, wann die Person wieder da ist
 - Bsp. Reha, bis zu 6 Wochen Urlaub
- §66 SGG (Sozialgerichtsgesetz)
 - Rechtsbehelfsbelehrung (Belehrung über meine Widerspruchsmöglichkeiten)
 - Wenn diese fehlt→ Fristverlängerung um 1 Jahr
 - Bei mündlichem Bescheid ist Rechtsbehelfsbelehrung automatisch dabei

- §44 SGB10 (Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes)
 - Bescheid (i.S.v. §31 SGB10)
 - Fristablauf
 - Antrag auf Rücknahme nach §44 SGB10
 - Rücknahme
 - Ablehnung nach §44 → WS → WS- Bescheid
 - Widerspruch
 - Widerspruchbescheid
 - Klage ←
 - Der „es geht immer noch was Paragraph“
- §37 Abs2 SGB10
 - „Ich hab den Bescheid nicht bekommen“
 - Dann hat Behörde Pflicht sicher zu gehen, dass Brief bspw. per Einschreibung versandt wird

„System
ausgetrickst“

Andere Möglichkeit um einen Bescheid zurückzunehmen

- §45 SGB10
 - Rücknahme eines rechtswidrigen Begünstigenden Verwaltungsaktes
 - Geschieht nicht von einem selbst, sondern von der Behörde
- §48 SGB10
 - Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung bei Änderung der Verhältnisse
 - Beispiele
 - Gesetze ändern
 - Umstände der Leute ändern sich
 - Heirat
 - Finanzielle Veränderungen
 - Gesundheitliche Verhältnisse ändern sich
 - Veränderungen der Tatsachen
- §46 SGB10
 - Widerruf eines rechtmäßigen nicht begünstigten Verwaltungsaktes
- §47 SGB10
 - Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsaktes

Unterschied Rücknahme und Widerruf

- Rücknahme: nur falsche (rechtswidrige) Verwaltungsakte
- Widerruf: nur korrekte (rechtmäßige) Verwaltungsakte
- §32 SGB10
 - Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt
 - Abs 2
 - 1. Befristung (zeitlich)
 - 2. Bedingung
 - 3. Vorbehalt des Widerrufs
 - 4. Auflage
 - 5. Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung einer Auflage
- §38 SGB10 offenbare Unrichtigkeit im Verwaltungsakt
 - Bsp. BaföG Bescheid über 5000€ → sehr offensichtlich
 - Behörden können Fehler jeder Zeit berichtigen
 - Unterschied
 - Rechen-/Schreibfehler → Berichtigung (§38 SGB10)
 - Offenbare Unrichtigkeit
 - Unersichtlicher Fehler/Unrichtigkeit → Rücknahme nach §45 SGB10
 - Über §38 kann Behörde Bescheid berichtigen obwohl sie nach §45 SGB10 handeln sollten!
 - „kalte Berichtigung“
- §39 SGB10 Wirksamkeit
 - Bescheid bleibt wirksam, egal ob rechtmäßig oder rechtswidrig bis er Zurückgenommen, widerrufen etc wird!
- Ausnahme
 - Bei Asylverfahren kein Widerspruch, sondern gleich vor Gericht
 - Dient der Beschleunigung
- Bei fehlender Mitwirkung des Bürgers können Leistungen gekürzt werden
 - §66 SGB1
 - Weil es ein Mitwirkungsgesetz gibt
- Was muss IMMER passieren, wenn man jmd schlechter stellen will?
 - Anhörung nach §24 SGB10
 - Gelegenheit sich dazu zu äußern